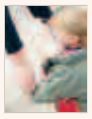
04/09

ROT HEUTE

Informationen aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN



Kinderbetreuung
600 neue Plätze für die Jüngsten
Seite 2

Mehrsprachigkeit
Bildungschancen erhöhen
Seite 2

Faire Löhne
Soziale Standards und Tariftreue
Seite 3

Direkte Demokratie
Mehr Partizipation
Seite 3

Pflege
Stützpunkte im Land Bremen
Seite 4

Bremen und Bremerhaven voranbringen und zusammenhalten

Der rot-grünen Landesregierung ist es trotz der extrem schwierigen Haushaltslage in der laufenden Legislaturperiode gelungen, die politischen Schwerpunkte für eine bessere Bildung, mehr soziale Gerechtigkeit und ein nachhaltiges Wachstum der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven konsequent umzusetzen.

Investitionen in die Zukunft – Arbeitsplätze sichern und gute Arbeit schaffen

Bremen und Bremerhaven investieren 2009 und 2010 insgesamt 118 Mio. Euro über das Konjunkturprogramm. In erster Linie für Schulen und Hochschulen, energetische Sanierung und Werterhalt. Bei den Schulinvestitionen liegt Bremen übrigens im Ländervergleich weit vorne. Für die rasche und kluge Umsetzung des Konjunkturprogramms sind wir in diesen Tagen noch einmal mit dem Spitzenplatz unter den Bundesländern ausgezeichnet worden. Wir haben auf eine ökologische Industriepolitik gesetzt, die darauf zielt, die Stärken unseres Bundeslandes auch in der Krise zu stützen und weiterzuentwickeln. Bremerhaven ist mittlerweile zu einem Top-Standort für die Offshore-Windenergie aufgestiegen. Hier sind in den letzten Jahren tausende neue Arbeitsplätze entstanden. Wir fördern den Technologietransfer, um Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Das gilt für viele Branchen, z. B. im Hafen- und Logistikbereich, Automobil-, Schiff- und Flugzeugbau und in der Lebensmittelindustrie. Und wir werden auf Landesebene alles tun, um eine faire Bezahlung für gute Arbeit sicherzustellen. Bremen wird in Kürze ein Tariftreuegesetz verabschieden. Damit soll garantiert werden, dass zukünftig auch in den Dienstleistungsbereichen, in denen keine Tarifverträge existieren, nur noch diejenigen einen öffentlichen Auftrag erhalten, die soziale Standards garantieren und mindestens einen Lohn in Höhe von 7,50 Euro pro Stunde zahlen.

Wissenschaft stärken, Bildung verbessern – Kinderbetreuung weiter ausbauen

Wir haben zur Verbesserung der Lehre an unseren Hochschulen jährlich 7,5 Mio. Euro zusätzlich in den Haushalt eingestellt. Im Ländervergleich hat Bremen außerordentlich viele Studienplätze. Und das soll

Dr. Carsten Sieling, Fraktionsvorsitzender. Foto: F.Koch

auch so bleiben. Denn wir brauchen zukünftig noch mehr gut ausgebildete Absolventen, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Für die BremerInnen ist das Studium gebührenfrei. Auch das wird so bleiben, denn eine gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Mit dem neuen Schulgesetz haben wir wichtige Schritte nach vorne für mehr gemeinsames Lernen gemacht. Ein überparteilicher Schulkonsens hält den Schulen den Rücken frei. Immer mehr Schulen werden Ganztagsschulen. So werden die Schüler besser individuell gefördert und lernschwache Schüler geraten nicht aufs Abstellgleis. Unser Vorstoß für ein kostenfreies Mittagessen für Kinder aus Familien mit niedrigen Einkommen an Ganztagsgrundschulen und Kindertageseinrichtungen hat bundesweite Beachtung gefunden. Wir haben in vielen Kindertageseinrichtungen Personalverstärkungen vorgenommen. Die Betreuungszeit haben wir von vier auf fünf Stunden erhöht, die Ferienschließzeit wurde auf vier Wochen reduziert. Die Sprachförderung für Kinder haben wir verbessert und eine stärkere Verzahnung mit den Schulen eingeführt. Bis 2011 schaffen wir 600 neue Betreuungsplätze für die ganz Kleinen.

Verantwortung für Bremen und Bremerhaven – sozialen Zusammenhalt stärken

Gespaltene Städte sind schwache Städte. Sie verlieren ihre Bindungskraft für die Menschen. Unser Ziel ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Schwächeren handlungsfähig bleiben und die Starken ihre Kraft für das Gemeinwesen einsetzen. So wird der soziale Zusammenhalt gestärkt. Mit der Erleichterung der Volksgesetzgebung haben wir jetzt das fortschrittlichste Gesetz im Bundesvergleich geschaffen. In Kürze wird ein neues Beirätegesetz beschlossen. So wird mehr Nähe zwischen den BürgerInnen und den lokalen Entscheidungen für das direkte Lebensumfeld hergestellt. Wir haben die Mietobergrenzen für die Menschen erhöht, die von sozialen Transferleistungen abhängig sind. So konnten Massenumzüge vermieden werden. Wir haben die Mobilität für einkommensschwache Menschen verbessert. Für knapp 30 Euro im Monat können Leistungsbezieher ab dem 1. Januar 2010 das gesamte Netz der BSAG nutzen. Der Abschluss des bis 2020 laufenden Kontraktes mit der BSAG sichert die Zukunft des Unternehmens, die Qualität des ÖPNV und die Arbeitsplätze bei der BSAG. Wir werden auch weiterhin dafür sorgen, dass der Staat seine Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge erfüllen kann und haben die kommunalen Unternehmen zukunftsfest gemacht. Das gilt sowohl für unsere Wohnungsbaugesellschaft GEWOBA, als auch für die kommunalen Krankenhäuser im Verbund Gesundheit-Nord. Die Kliniken wurden neu aufgestellt, damit sie langfristig ihre überregionale Bedeutung behalten und die Menschen wohnortnah versorgen. Für die Beratung und Unterstützung im Pflegefall wurden zudem Pflegestützpunkte eingerichtet.

Bremens Selbstständigkeit sichern

Bremen erhält bis 2019 2,7 Mrd. Euro Unterstützung von Bund und Ländern zur Sanierung des Haushalts. Das stellt eine ganz erhebliche finanzielle Entlastung dar. Wir werden auch unsere Eigenanstrengungen zur Sicherung der Selbstständigkeit konsequent fortsetzen. Aber wir werden Bremen und Bremerhaven nicht kaputt sparen. Die Selbständigkeit Bremens ist kein Selbstzweck sondern zentrale Voraussetzung, um den Strukturwandel weiter im Sinne der Menschen gestalten zu können. Die dafür notwendigen Maßnahmen müssen immer auch auf ihre Auswirkungen hinsichtlich der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen überprüft werden. Denn wir brauchen bei allen unseren Anstrengungen den Rückhalt in der Bevölkerung. Das wird der rote Faden unserer Politik auch in den nächsten Jahren sein.

600 neue Betreuungsplätze für die Jüngsten

Karin Garling, Sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Bildung von Anfang an – mit über 600 neuen Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren wird nun der nächste große Schritt im Ausbauprogramm getan. *„Wir können dann 2011 bereits jedem vierten Kind einen Platz anbieten“*, berichtet Karin Garling, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Mit dem Ausbau sollen die Bildungschancen gerade für Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen verbessert werden. *„Je eher und gezielter sie fließend Deutsch lernen, desto mehr Möglichkeiten haben die Kleinen auf dem weiteren Bildungsweg“*, sagt Garling. Deshalb liegt der Fokus beim Ausbau auf Stadtteilen, wo es noch keine aktiven Elternvereine gibt, die bereits in Eigenregie Plätze schaffen. *„Wir wollen berufstätigen Eltern helfen, Familie und Arbeit besser unter einen Hut zu bringen. Und zudem Mütter entlasten, damit sie sich weiterbilden oder wenn sie einen Migrationshintergrund haben, die Sprache lernen können“*, benennt die SPD-Sozialexpertin zentrale Ziele.

Von Klein auf in der Kita spielen. Foto: S. Skiba

Schnell Plätze schaffen
mit gezielten Investitionen

Bremen investiert mehrere Millionen Euro in Um- und Anbaumaßnahmen, die überwiegend aus dem Konjunkturprogramm II kommen. *„Wir versuchen, so schnell wie möglich Plätze für Kinder unter drei Jahren zu schaffen. Und wir nutzen vorhandene Räumlichkeiten beispielsweise in Kindertagesheimen.“* Nutzungsmöglichkeiten können sich z.B. auch ergeben, wenn etwa Hortgebäude nicht mehr gebraucht werden, weil es inzwischen eine Ganztagsschule im Quartier gibt. Im Einzelfall muss natürlich auch neu gebaut werden. *„Wir nehmen dauerhaft Geld in die Hand, um den hohen Bedarf nach Betreuungsplätzen auch zukünftig decken zu können“*, so Garling. In den Jahren 2008/2009 entstanden bereits knapp 450 zusätzliche Plätze und 2012/2013 sollen knapp 1.300 weitere folgen. Dann wird es für rund 35 Prozent aller Kinder unter drei Jahren einen Platz geben. Nach derzeitigen Prognosen der Experten entspricht das dem dann bestehenden Bedarf. *„Das war von Beginn an unser Ziel und das werden wir auch erreichen“*, so die SPD-Politikerin.

Sprachen öffnen Türen

Bilingualer Unterricht in Kitas und Schulen für bessere Sprachkompetenz

Mustafa Güngör, Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Wer eine zweite Sprache neben der Muttersprache lernt, besitzt bessere Bildungschancen. Das gilt gerade für Kinder mit Migrationshintergrund. *„Sprachen öffnen Türen“*, erläutert Mustafa Güngör, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Viele Schüler in Bremen haben heute eine andere Muttersprache als Deutsch. Und das Problem ist: *„Sie sprechen oft nicht nur schlecht deutsch, sondern zum Beispiel eben auch schlecht türkisch“*, so Güngör. Deshalb ist es sinnvoll, beide Sprachen in Kita und Schule zu fördern. Denn wer eine Sprache richtig gut beherrscht, lernt auch schneller eine zweite. *„Wir brauchen dafür zusätzlichen Unterricht, am besten zweisprachig“*, meint der SPD-Bildungsexperte. Und warum sollten deutsche Schüler nicht auch türkisch als zweite Fremdsprache lernen, wie sonst französisch oder spanisch.

Empfang der türkischen Konsulatslehrkräfte. Foto: Fraktion

Spracherwerb als Basis
für Bildungschancen

Mehr bilingualer Unterricht wäre auch ein Signal an die Eltern: Wir wollen euch die Muttersprache nicht wegnehmen. Das fördere sicher die Akzeptanz, meint Güngör. Die Eltern müssten noch viel mehr darauf aufmerksam gemacht werden, wie wichtig der Spracherwerb für die Bildungschancen ihrer Kinder sei. Und generell könne es sich unsere Gesellschaft in Zeiten des demografischen Wandels nicht länger leisten, das Potenzial von jungen Menschen mit Migrationshintergrund brachliegen zu lassen. *„Sie haben viele Kompetenzen und die gilt es zu entwickeln“*, so der SPD-Politiker. Schon bei der Erhebung zum Spracherwerb in den Kitas sei es sinnvoll, nicht nur auf deutsch, sondern danach noch einmal in der Muttersprache zu testen. *„Um zu sehen, wie die Sprachkenntnisse überhaupt entwickelt sind.“*

Dialog mit
türkischsprachigen Lehrkräften

Um das Thema Mehrsprachigkeit auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen, hat jüngst die SPD-Fraktion türkischsprachige Lehrkräfte an den Bremer Schulen zum Gespräch eingeladen. Mit von der Partie waren zudem die Honorarkonsulin Yasemin Vierkötter und der Bildungsbeauftragte im türkischen Generalkonsulat, Ahmet Yasar Selcuk. *„Wir haben vereinbart, in künftigen Arbeitstreffen das Thema Integration durch Bildung anzupacken und konkrete Projekte auf den Weg zu bringen“*, erläutert Güngör, der ebenso wie Fraktionskollege Sükrü Senkal türkischer Abstammung ist. *„Die Mehrsprachigkeit ist ein großer Schatz. Wenn wir den heben wollen, brauchen wir eine Förderung von der Kita bis zum Abschluss. Das Know-how von Lehrkräften mit Migrationshintergrund ist dabei besonders gefragt.“*

ROT HEUTE

Informationen aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

Montage: S. Skiba

Faire Löhne
bei öffentlichen Aufträgen

Neues Bremer Vergabegesetz sorgt für Tariftreue und belohnt soziale Standards

Öffentliche Aufträge für Bau- oder Dienstleistungen sollen im Land Bremen künftig nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihren Beschäftigten einen Mindestlohn von 7,50 Euro brutto oder sie nach Tarifvertrag gemäß Arbeitnehmer-Entsendegesetz bezahlen.

„Wir wollen damit Lohndumping verhindern und die Situation der Beschäftigten im Niedriglohnsektor verbessern“, erklärt Max Liess, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Und es gehe darum, die regionalen Unternehmen zu unterstützen, die ihren Mitarbeitern einen fairen Lohn zahlen und auf dieser Basis die Angebote kalkulieren. Die Neuregelung des Tarif- und Vergabegesetzes ist dabei voll vereinbar mit den Vorgaben der Europäischen Union (EU). *„Bei den Dienstleistungen, bei denen wir den Mindestlohn einführen, hat es bislang ohnehin so gut wie keine ausländischen Bewerber für öffentliche Ausschreibungen gegeben“*, so der SPD-Wirtschaftsexperte. Und bei den Bauleistungen gelte für Gewerke generell der Tarifvertrag über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Letzteres verhindert, dass Unternehmen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten auf Basis niedrigerer Löhne den deutschen Markt mit Billigangeboten erobern.

Wichtiger Baustein
für mehr soziale Gerechtigkeit

Damit die neuen Lohnstandards auch eingehalten werden, gibt es eine Kontrollkommission. *„Sie soll über alle Informationen der Vergabestellen in den verschiedenen Senatsressorts, wie Wirtschaft oder Bau und Verkehr, verfügen und ein einheitliches, übergreifendes Controlling ermöglichen“*, berichtet Liess. Diese Kommission überprüft vor Ort Baustellen und kann Sanktionen aussprechen, die bis zum Entzug des Auftrags und dem zweijährigen Ausschluss von weiteren Vergaben reichen können. *„Wir zeigen damit vor allem den regionalen Unternehmen, dass wir faire Ausschreibungen wollen. Wer marktgerechte und sauber kalkulierte Angebote abgibt, hat auch eine echte Chance.“* Der rot-grüne Senat belohnt zudem bei gleichwertigen Angeboten den Bewerber, der besondere ökologische oder soziale Standards einhält. *„Betriebe, die sich für eine berufliche Gleichstellung von Frauen engagieren oder sehr viel ausbilden, erhalten in diesem Fall den Zuschlag“*, erläutert der SPD-Wirtschaftsexperte. Das gilt ebenfalls für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen. Insgesamt sieht Liess in dem neuen Gesetz einen wichtigen Baustein für mehr soziale Gerechtigkeit. *„Wir zeigen, dass wir es ernst meinen mit der Durchsetzung von Mindestlöhnen und der Tariftreue.“*

Max Liess, Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Meilenstein für mehr Partizipation

Björn Tschöpe, Innenpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Für Bremens Bürgerinnen und Bürger wird es künftig sehr viel leichter sein, selbst Gesetze zu beschließen oder zu ändern. Dafür sorgt die Verfassungsänderung, die im Landtag im August mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedet wurde. Die Volksgesetzgebung wurde mit diesem Schritt in wichtigen Punkten vereinfacht. *„Ich freue mich, dass das Parlament den Weg für die Verfassungsänderung und damit für mehr direkte Demokratie in Bremen frei gemacht hat“*, erklärt Björn Tschöpe, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Intensive Debatten wurden im Vorfeld geführt - insbesondere mit der CDU, die durch politische Taktiererei immer wieder versuchte, das Gesamtvorhaben zu gefährden und schließlich gegen das neue Gesetz votierte. *„Wir wollten finanzwirksame Entscheide, in welchen Volksgesetzgeber und Parlament denselben Spielregeln unterliegen.“* Und das heiße, so Tschöpe, dass derjenige, der die Musik bestellt, auch sagen müsse, wie er sie bezahlen solle. Erst dann wüssten die Bürgerinnen und Bürger auch, was ihr direktes Votum etwa auch für finanzielle Auswirkungen hat. Das sei wichtig, denn neben Begünstigten von Volksbegehren gebe es immer auch Belastete. Die SPD hatte im Vorfeld stets darauf hingewiesen, dass Verfassungsänderungen per Volksentscheid von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen werden müssten. Aus diesem Grund sollten die bestehenden Quoren für eine Verfassungsänderung unverändert bleiben. Kernpunkte der Gesetzesvorlage sind neben der Herabsetzung der Beteiligungsquoren, die für Anträge und Abstimmungen über im Wege von Volksbegehren vorgelegten Gesetze notwendig sind, u.a. auch die Vereinfachung der Unterschriftensammlung und die Durchführung von Volksentscheiden in Verbindung mit Landtags- und Bundestagswahlen, um die Beteiligung an direkter Demokratie hoffentlich zu erhöhen. Tschöpe: *„Mit dem Beschluss wurde die Entscheidungskompetenz für die Bremer Bürgerinnen und Bürger insgesamt massiv ausgeweitet und das Verfahren wird für die Initiatoren zukünftig wesentlich flexibler sein. Rot-Grün hat in Bremen damit einen Meilenstein für mehr Partizipation gesetzt.“*

SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

ROT HEUTE

Informationen aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

Lotsen auf dem Weg zum besten Pflegeangebot

Winfried Brumma, Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Sie schließen eine Lücke im Netzwerk gesundheitlicher Beratung. Die im April 2009 eröffneten drei Pflegestützpunkte im Land Bremen treffen genau den Bedarf. *„Die geschulten Fachkräfte beraten kostenlos und neutral in allen Fragen rund um Pflege. Und dieses Angebot wird von den Menschen gut angenommen“*, sagt Winfried Brumma, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Das höre er auch von den Seniorenvertretern. *„Es ist gut, dass es in der Vahr, in Bremen-Nord sowie in Bremerhaven diese Anlaufstellen gibt, denn nicht alle Betroffenen und ihre Angehörigen können sich alleine einen Überblick verschaffen, welche Möglichkeiten ambulant und stationär zur Verfügung stehen.“* Die Pflegestützpunkte bieten Informationen aus einer Hand. Einer der Mitarbeiter übernimmt die Pflegeberatung, gestellt von den Kranken- bzw. Pflegekassen, die sich auch an den Kosten der neuen Einrichtungen beteiligen. Und ein Mitarbeiter der Kommune übernimmt die Sozialberatung. *„Damit wird sichergestellt, dass die Betroffenen schnell und unkompliziert die passenden Hilfen erhalten“*, erklärt der SPD-Gesundheitsexperte.

In den Pflegestützpunkten können zudem auch die Selbsthilfegruppen ihre Arbeit vorstellen. *„So entsteht ein sinnvoller Mix aus professioneller und ehrenamtlicher Beratung. Die Menschen haben tatsächlich nur noch eine Anlaufstelle“*, sagt Brumma. Feste Öffnungszeiten an den Wochentagen, jeweils von 10 bis 13.30 Uhr und 14 bis 17 Uhr, sorgen für eine verlässliche Erreichbarkeit. Die Kosten von rund 150.000 Euro pro Jahr teilen sich Krankenkassen, Land und die Kommunen. Sollte das Projekt nachhaltig erfolgreich sein, könnten laut Brumma weitere Standorte in Bremen und Bremerhaven hinzukommen.

Pflegestützpunkte: Anlaufstellen für alle Fälle. Foto: Awo - Bremerhaven

Wahlcomputer - Manipulation nicht ausgeschlossen

Rainer Hamann, Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Im März 2009 hat das Bundesverfassungsgericht die bei der Wahl zum Deutschen Bundestag im Jahr 2005 eingesetzten Wahlcomputer als unzulässig bezeichnet. *„Beim Einsatz von Wahlcomputern ist, im Gegensatz zur Durchführung von Wahlen per Stimmzettel und Wahlurne, die vollständige Kontrolle der Korrektheit der Wahl nicht im erforderlichen Maße gewährleistet“*, erklärt auch Rainer Hamann, SPD-Bürgerschaftsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss „Information und Kommunikation“ (IUK). In einer Expertenanhörung der SPD wurden Interessierte über die Vor- und Nachteile, technische Möglichkeiten und Probleme sowie verfassungsrechtliche Aspekte zum Einsatz von Wahlcomputern informiert. Befürworter dieser Computer, wie Christopher Harth von der Justus-Liebig-Universität Gießen, führten deren einfache Bedienung, das schnelle Vorliegen der Ergebnisse und Erleichterungen für die ehrenamtlichen Wahlhelfer beim Auszählen als Vorteile an. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts jedoch lässt sich ebenso plausibel zusammenfassen: *„Eine Manipulation kann nicht ausgeschlossen werden“*, so Constanze Kurz vom Chaos Computer Club, die damit vor allem die fehlende Transparenz durch den Einsatz von Wahlcomputern ansprach. Das dieser Einsatz darüber hinaus einen Kostenvorteil mit sich bringe, bezweifelte auch der Bremer Wahlbereichsleiter Karl Schlichting: *„Es sei kaum zu vertreten, Geräte im Wert von mehreren Tausend Euro anzuschaffen, die dann nur alle 1-2 Jahre für nur einen Tag zum Einsatz kommen und vermutlich nach kurzer Zeit nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Hinzu kommt der Aufwand bei der notwendigen besonders sicheren Lagerung.“* Durch Kumulieren und Panaschieren dauere der Auszählungsvorgang zwar länger, *„aber dem Ergebnis kann vertraut werden. Ein Resultat aus der Maschine kann nicht überprüft werden“*, so Hamann. Das in einer Demokratie notwendige Vertrauen in das Wahlverfahren würde durch den Einsatz von Wahlcomputern gefährdet.

TERMINE

Sitzungen der Bürgerschaft

29.09. *Stadtbürgerschaft*
14:00-19:00 Uhr

30.09. *Bürgerschaft Landtag*
10:00-18:00 Uhr

01.10. *Bürgerschaft Landtag*
10:00-18:00 Uhr

27.10. *Stadtbürgerschaft*
14:00-19:00 Uhr

28.10. *Bürgerschaft Landtag*
10:00-18:00 Uhr

29.10. *Bürgerschaft Landtag*
10:00-18:00 Uhr

17.11. *Stadtbürgerschaft*
14:00-19:00 Uhr

18.11. *Bürgerschaft Landtag*
10:00-18:00 Uhr

19.11. *Bürgerschaft Landtag*
10:00-18:00 Uhr

IMPRESSUM

SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

Wachtstr. 27/29
28195 Bremen

Tel : 0421 33 67 70
Fax: 0421 32 11 20
www.spdfraktion-bremen.de
E-Mail:
spd-fraktion@spd-bremen.de

V.i.S.d.P.
André Städler

Redaktion
Knut Köstergarten
André Nonnenkamp

Gestaltung
Stefan Skiba

Druck
Meiners Druck OHG